

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 5/2990 -

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier einen Gesetzentwurf vorliegen, der dem Zufallsprinzip folgt und der einen bunten Strauß aller Möglichkeiten der Gemeindeneugliederungen enthält, damit die Vielfalt in Thüringen dokumentiert, aber das ist eher eine Nebenbemerkung.

Die Freiwilligkeit ist auch für unsere Fraktion ein hohes Gut, allerdings stößt es an Grenzen. Das wird schon daran deutlich, wenn ich die Struktur der Gemeindefinanzierung mir in Thüringen betrachte, 1,1 Mrd. € eigene Steuereinnahmen, 2,8 Mrd. € Zuweisungen des Landes - das zeigt doch, dass es eine starke Verzahnung zwischen kommunaler Ebene und Landesebene gibt. Insofern sind wir als Land natürlich in der Verantwortung, den Rahmen für kommunale Selbstverwaltung zu setzen, weil kommunale Selbstverwaltung von sich heraus noch kein schützenswertes Gut ist, sondern muss mit Leben erfüllt werden und dabei ist der Bürger immer im Mittelpunkt zu sehen. Das ist das eigentliche Versäumnis dieser Landesregierung, dass in Bezug auf Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform der notwendige Rahmen, in dem sich die Kommunen bewegen können, eben nicht da ist. Das, was die Kommunalordnung hergibt, reicht eben nicht aus. Sowohl die 3.000er-Einwohnergrenze für selbstständige Gemeinden ist bei vielen Experten umstritten, weil man sagt, zu niedrig, und die CDU hat ja erst vor einiger Zeit die 5.000er-Einwohnergrenze für Verwaltungsgemeinschaften selbst aus dem Gesetz gestrichen. Insofern bewerte ich heute die Aussage von Herrn Fiedler auch als ein gewisses Maß an Selbstkritik, dass die damalige Streichung dieser 5.000er-Einwohnergrenze für die Verwaltungsgemeinschaften eben doch mehr oder weniger ein Fehlgriff war.

(Beifall DIE LINKE)

Aber der politische Irrtum ist uns nicht fremd und insofern gestehen wir auch oder gerade auch Herrn Fiedler diesen politischen Irrtum zu, allerdings ist mit dem Gesetzentwurf dieses Dilemma nicht aus der Welt. Wir müssen uns nur immer am Rande damit beschäftigen und Sie versuchen es ja insbesondere über finanzielle Anreize. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ziel von einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ist, Leistungskraft der gemeindlichen Ebene zu stärken, auch wieder im Interesse der Bürger. Wir übertragen der gemeindlichen Ebene, aber auch den Landkreisen zunehmend weitere Aufgaben, in jüngster Zeit ja erst die Umsetzung des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren. Wenn wir das machen, das ist ja auch vernünftig, dann müssen aber auch die Strukturen vernünftig sein. Dann können wir die Struktur nicht so belassen, aber den Aufgabenkatalog ständig erweitern. Die Landesregierung hat selbst im Gesetzentwurf in der Begründung eingeschätzt, dass die jetzigen, besonders also kleinen Gemeinden nicht in der Lage sind, spezialisiertes Fachpersonal und Technik vorzuhalten. Da darf ich noch einmal auf Untersuchungen hinweisen, dass in der Kernverwaltung ab einer Vollbeschäftigten-Zahl von 20 eine Spezialisierung möglich ist. Alles, was darunter ist, da brauche ich Angestellte und Beamte, die Allrounder sind, die viele Fachbereiche abdecken müssen, und da ist

eine Spezialisierung nahezu ausgeschlossen. Wenn ich aber unterstelle, dass in der Kernverwaltung etwa 1,9 Vollbeschäftigten-Einheit auf 1.000 Einwohner kommen, dann reden wir eigentlich über Verwaltungseinheiten von einer Mindestgröße von 10.000 Einwohnern. Ab da ist eine tatsächliche Spezialisierung erst möglich und wenn wir Kommunalpolitik - ich betone es noch einmal - aus Sicht des Bürgers machen und der einen Anspruch hat auf eine leistungsfähige Verwaltung, dann müssen wir uns mit diesen Strukturproblemen, insbesondere was das Personal betrifft, auseinandersetzen. Der Landesrechnungshof - der Präsident Herr Dr. Dette ist ja hier zugegen, das zeigt, dass er auch dieser Debatte eine herausgehobene Bedeutung beimisst - hat ebenfalls festgestellt, dass in solchen Teilbereichen, wie Energiemanagement, die Gemeinden nicht in der Lage sind, nur ansatzweise die Aufgaben zu erfüllen. Oder Datenschutz - ein Problem, was ja immer mehr zunimmt -, wie sollen Gemeinden mit einem Personalbesatz von 9 bis 12 Beschäftigten noch einen Spezialisten haben, der sich mit den Fragen des Datenschutzes beschäftigt? Aber die Menschen haben zunehmend dort Ängste, auch durch das Wirken kommunaler Behörden und insofern muss in diesen Bereichen das entsprechende Fachpersonal vorgehalten werden. Das ist also nicht da.

Der Landesrechnungshof hat auch die bisherige Politik der Landesregierung im Zusammenhang mit der Ausreichung von Bedarfszuweisungen kritisiert, dass dort der eigentliche Ansatz, nämlich Bedarfszuweisungen, also zusätzliche Finanzhilfen als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen, die entsprechenden Effekte nicht gebracht hat. Wir werden jetzt im Gesetzgebungsverfahren klären müssen, ob bei diesen Fällen, die im Gesetz enthalten sind, es sind insgesamt 17, die Landesregierung beabsichtigt, Bedarfszuweisungen auszureichen, insbesondere in der vierten Säule, die ja durch die Verordnung nicht abgedeckt ist, nämlich die sogenannten Bedarfszuweisungen auf Beschluss der Landesregierung. Das wäre noch zu klären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einigen Einzelpunkten, die im Gesetz geregelt werden sollen: Entgegen von Herrn Bergner wollen wir das jetzt schon einmal benennen, damit deutlich wird, wo wir die Schwerpunkte in der parlamentarischen Debatte und in der Ausschussberatung sehen.

Das Erste, dort geht es ja um die Eingemeindung von Großröda nach Starkenberg. Das bleibt innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft. Da sage ich, das schadet nichts, aber bringt die Region auch nicht im Wesentlichen voran. Da will ich noch einmal die Anmerkung machen, was die Verwaltungsgemeinschaft betrifft. Nach unseren Vorstellungen sind die Verwaltungsgemeinschaften ein Auslaufmodell und sollten nur dort Bestand haben, wo nicht nur die kommunalen Akteure sie weiter wollen, also nicht nur die Bürgermeister und Gemeinderäte, sondern wo die Bürgerinnen und Bürger es wollen. Dort, sagen wir, soll die Verwaltungsgemeinschaft fortbestehen, aber ansonsten - Auslaufmodell. Einige Ihrer jetzt im Gesetzentwurf enthaltenen Vorschläge gehen eher von einer Zementierung dieses Rechtsinstituts „Verwaltungsgemeinschaft“ und auch „Erfüllende Gemeinde“ aus. Dabei hat aber die Verwaltungsgemeinschaft eine ganze Reihe von Konstruktionsfehlern, mit denen Sie sich als Landesregierung und auch CDU und SPD nicht ausreichend beschäftigt haben. Wenn Sie aber am Instrument Verwaltungsgemeinschaft festhalten wollen, müssen Sie sich mit diesen Konstruktionsfehlern beschäftigen. Ich will nur drei nennen: Da ist die Umlagefinanzierung steuerkraftunabhängig. Während bei der Kreisumlage die Steuerkraft der einzelnen Gemeinden berücksichtigt wird, ist bei der Verwaltungsgemeinschaft die Umlage ausschließlich nach einem Pro-Kopf-Maßstab berechnet. Das führt zu völligen Verzerrungen, weil die Steuerkraft der Mitgliedsgemeinden unterschiedlich ist, so dass steuerstarke Gemeinden viel besser

wegkommen als steuerschwache Gemeinden. Dieser Konstruktionsfehler müsste behoben werden, wenn sie an der Verwaltungsgemeinschaft festhalten.

Das Zweite ist die sehr starke Dominanz des VG-Chefs. Der soll einerseits Dienstleister für die Bürgermeister sein, ist aber de facto der Oberbürgermeister der Bürgermeister, auch aus Sicht der Bürger.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ein Quatsch, so ein Quatsch.)

Und er ist kleine Kommunalaufsicht. Er lässt die Bürgermeister und Gemeinderäte manchmal bewusst gegen die Wand fahren, beanstandet dann und leitet es weiter an den Landrat und dort schlummert es, da schlummert es bei den Rechtsaufsichtsbehörden.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist doch gar nicht wahr.)

Aber wir müssen uns entscheiden, entweder ist der VG-Chef Dienstleister oder er ist kleine Kommunalaufsicht.

Das Dritte ist das Stimmrecht des VG-Chefs in der VG-Versammlung. Das führt zu einer weiteren Verzerrung der Kräfteverhältnisse, schafft Abhängigkeiten, weil der VG-Chef sich immer Mehrheiten sucht und damit die Mitgliedsgemeinden unterschiedlich behandelt.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ach, wo leben Sie denn?)

Wir sagen, diese Konstruktionsfehler der Verwaltungsgemeinschaft sind nicht behebbar. Wir wollen auch nicht an dem Rechtsinstitut festhalten. Aber Sie wollen es. Deswegen müssen Sie Vorschläge unterbreiten, wie man diese Verwaltungsgemeinschaften reformiert. Wir schlagen vor, sie auslaufen zu lassen. Ich wiederhole es noch einmal, nur dort, wo die Bürgerinnen und Bürger es weiterhin wollen, wo es funktioniert, wo die Akteure miteinander zurechtkommen, dort kann die Verwaltungsgemeinschaft weiter bestehen bleiben. Wir werden also nicht ein gesetzliches Verbot dieses Rechtsinstituts fordern, aber wir werden es entsprechend modifizieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem zweiten Fall: Auflösung der VG Eisfeld-Südharz und teilweise Umwandlung in eine Landgemeinde Eisfeld, ist es so, dass letztlich erst eine Gemeindeneugliederung, nämlich die Landgemeinde Am Ohmberg, die wir zum 01.12.2010 vollzogen haben, dass wir da jetzt schon wieder in die Struktur eingreifen, innerhalb eines Jahres in einer Region eine erneute strukturelle Veränderung. Da müssen wir darauf achten, dass wir die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern, weil die natürlich sagen, was ist denn jetzt los? Wir haben doch erst vor Jahresfrist eine Neugliederung vorgenommen, nun kommt die nächste.

Herr Fiedler hat gesagt, das Rechtsinstitut der Landgemeinde hat sich bewährt. Aus psychologischer Sicht haben Sie sogar recht. Deswegen führen wir da keine Grundsatzdiskussion. Wir müssen uns als Gesetzgeber ehrlich in die Augen sehen können und müssen sagen, die Landgemeinde ist nichts anderes als die Einheitsgemeinde nur mit einer etwas qualifizierteren, ausgebauteren Ortschaftsverfassung. Das ist alles. Wenn es trotzdem hilft, wenn es den kommunalen Akteuren leichter fällt, das Instrument Landgemeinde in den Mund zu nehmen und dort zu handeln, dann sind wir durchaus auf Ihrer Seite. Aber wir sollten nicht hier im Haus den Eindruck vermitteln, als wäre die Landgemeinde etwas völlig anderes als die Einheitsgemeinde. Der Innenminister hat bei der Begründung auch diese Unterscheidung gemacht, sechs Landgemeinden und eine -

das muss ich noch einmal erklären - sogenannte Einheitsgemeinde. Da habe ich ein bisschen herausgehört, als wenn das für Sie weniger wertvoll gewesen wäre, weil Sie gesagt haben sogenannte. Also von daher ist da für uns kein Unterschied.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Sie hören ja das Gras wachsen.)

Es gibt weitere Einzelfälle, wo wir Probleme sehen, zum Beispiel bei der VG Hörsel und Umwandlung in eine Landgemeinde. Dort haben wir dann künftig die Situation, dass es zwei Aufgabenträger der Wasser- und Abwasserentsorgung gibt in einer Landgemeinde. Da appellieren wir immer wieder, diese Probleme gleich mit zu lösen, weil das überfordert auch wieder Bürgermeister, es überfordert die Gemeinderäte und die Bürger. Die Bürger werden kaum Verständnis haben, warum ein Teil der Bürger von einem Aufgabenträger versorgt wird mit einem anderen Gebühren- und Beitragsmodell als der andere Teil. Wir werden das anregen, dass dort dann entsprechend auch die Struktur der Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung mit geordnet wird.

Dann die Fusion Molsdorf, Teichwolframsdorf: Da haben wir das Problem, dass diese beiden Gemeinden bisher durch Berga an der Elster erfüllt wurden. Jetzt bilden die eine neue Gemeinde und Berga an der Elster bleibt außen vor. Jetzt besteht die Gefahr, dass bei Berga an der Elster, die haben bisher das Personal für die erfüllenden Gemeinden vorgehalten, da ist die Frage, wie erfolgen dort die Personalanpassungen. Die neue Gemeinde muss aber eine neue eigenständige Verwaltung aufbauen. Da stellt sich tatsächlich die Frage, die auch Herr Adams thematisiert hat, warum wird dann nicht auch dort konsequenterweise gesagt, wir bleiben in den jetzigen Strukturen, das heißt mit Berga an der Elster zusammen. Das wäre konsequent. So bauen wir wieder eine neue Verwaltung auf und eine alte Verwaltung muss sich auf den neuen Aufgabenbestand zurückreduzieren. Das bringt Verunsicherung bei den Beschäftigten und muss aus unserer Sicht nicht sein. Die Bürgerinnen und Bürger hatten sich ja an das Modell gewöhnt. Für die würde sich überhaupt nichts ändern, was Bezug zur Verwaltung betrifft und dergleichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, einen weiteren Fall möchte ich benennen, das ist die VG Wasungen-Amt Sand und Schwallungen. Dort wäre abzuwägen, welche Auswirkungen auf die Stadt Schmalkalden - Wernshausen entstehen. Eigentlich ist Schwallungen dorthin orientiert. Jetzt geht Schwallungen von dort weg. Das hat auch unerschwinglich, zumindest kann man das herausinterpretieren, dass das eher eine Maßnahme gegen Schmalkalden ist. Das ist die Frage. Wir wollen dort, dass das Mittelzentrumsfunktion bleibt. Also auch das werden wir noch einmal prüfen müssen. Die Eingemeindung Brotterode Trusetal, die unterstützen wir sehr. Da sei nur anzumerken, wir haben Brotterode erst selbst in eine prekäre Situation vor Jahren gebracht, indem wir die dort bestehende Verwaltungsgemeinschaft „Rennsteig“ aufgelöst haben. Kleinschmalkalden ist ja zunächst nach Floh-Seligenthal gegangen. Damals stand schon fest, zu dem Zeitpunkt dieser Neugliederung hatte Brotterode 3.056 Einwohner. Da haben wir schon gesagt, innerhalb kürzester Zeit wird die 3.000er-Grenze unterschritten. Da hat insbesondere die CDU gesagt, das sind alles Hirngespinnste, das wird dauerhaft. Jetzt müssen sich die Bürger nach relativ kurzer Zeit wieder neu ordnen. Aber wir sind davon überzeugt, Trusetal - Brotterode kann jetzt eine Gemeinde werden mit Stadtrecht sogar, die dauerhaft leistungsfähig ist.

Meine Damen und Herren, die letzte Anmerkung zur Umwandlung der VG - Hildebrandhausen/Lengenfeld unter Stein zur Landgemeinde im Unstrut-Hainich-Kreis. Da müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass zwei Gemeinden, die bisher in der Verwaltungsgemeinschaft waren, diese Neugliederung nicht mitmachen und sich künftig erfüllen lassen wollen.

(Zwischenruf Abg. Lehmann, CDU: Eine Gemeinde.)

Oder eine Gemeinde sich erfüllen lassen will. Das heißt, auch dort wird eine eigentlich bestehende Struktur aus Sicht des Bürgers, nämlich Orientierung auf eine Verwaltung, jetzt wieder mit diesem Rechtsinstitut der erfüllenden Gemeinde doch unterlaufen und infrage gestellt.

Wir möchten zwei Anmerkungen machen zu Fällen, die nicht aufgegriffen sind. Das ist außergewöhnlich, dass man sich dazu äußert. Aber weil die Anträge vorliegen zum Fall Gleichamberg, Straufhain wird sich mein Kollege Thilo Kummer äußern, weil er ist der Abgeordnete vor Ort. Ich möchte etwas sagen zu Schweina-Steinbach, um auch Herrn Adams hier Argumente zu liefern, warum wir in der Sache die Entscheidung der Landesregierung und auch des Innenministers durchaus teilen. Es ist dort eine Entscheidung gegen Bad Liebenstein. Wir sind davon überzeugt, im Altensteiner Oberland kann es nur eine Lösung unter Einbeziehung aller drei Gemeinden geben und nicht gegen Bad Liebenstein. Deswegen werden wir zur morgigen Innenausschuss-Sitzung einen Änderungsantrag einreichen, damit dieser mit in die Anhörung kann und man uns dann nicht vorwirft, wir würden das Gesetzgebungsverfahren zeitlich verzögern. Deshalb werden wir den Änderungsantrag also morgen schon einreichen, der darauf abzielt, dass Schweina, Steinbach und Bad Liebenstein eine Land- oder Einheitsgemeinde bilden und zwar mit Wirkung vom 01.12.2011. Das ist insbesondere auch deshalb erforderlich, um die Leistungskraft dort insgesamt zu sichern und auch die Ausstrahlung von Bad Liebenstein als Kurort über die Region hinaus dauerhaft zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, soweit unsere einzelnen Anregungen. Wir werden also sehr differenziert mit diesem Gesetzentwurf umgehen und können die Landesregierung nur auffordern, wenn Sie tatsächlich wollen, dass sich weitere Gemeinden freiwillig zusammenfinden, dann brauchen wir endlich dieses Leitbild, damit die Gemeinden wissen, in welchem Rahmen sie sich letztlich freiwillig zusammentun können. Alles andere führt nur zu Irritationen und auch zu Verärgerungen. Die können wir in diesem Prozess, der schwierig genug ist, nicht gebrauchen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)